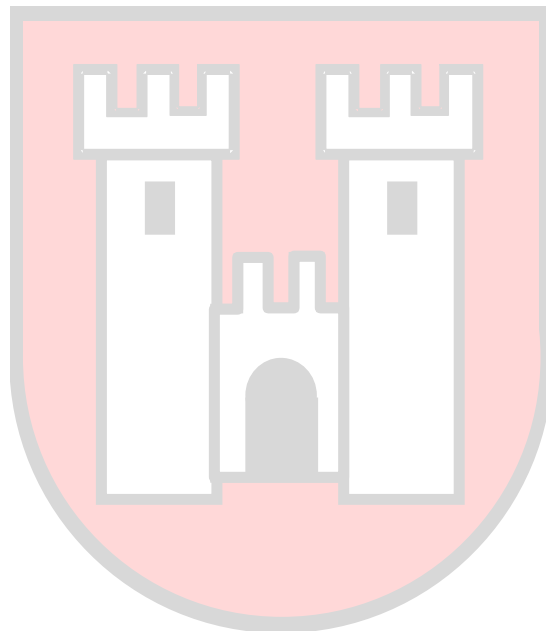


Gemeindepolizeireglement



8. Dezember 2005

Das Reglement beinhaltet in der Regel die männliche Schreibform.
Sie gilt sinngemäss auch für das weibliche Geschlecht

INHALTSVERZEICHNIS

A. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN.....	4
ZWECK	4
ZUSTÄNDIGKEIT	4
AUFGABEN	4
BEFUGNISSE	5
VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT	5
POLIZEILICHE ANORDNUNGEN	5
PERSONENKONTROLLE	5
HILFELEISTUNG	5
VERWALTUNGSZWANG UND ERSATZVORNAHME	5
B. PERSONENSCHUTZ UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT	6
BELÄSTIGUNG UND BEUNRUHIGUNG	6
SCHIESSEN	6
FEUERWERK	6
C. BENÜTZUNG VON ÖFFENTLICHEM GRUND, VERKEHRSSICHERHEIT	7
BENÜTZUNG DER ÖFFENTLICHEN STRASSEN	7
VERKEHRSBESCHRÄNKUNGEN	7
PARKIEREN (GESTEIGERTER GEMEINGEBRAUCH)	7
AUFSTELLEN VON FAHRNISBAUTEN UND GEGENSTÄNDEN	7
WEGSCHAFEN VON FAHRZEUGEN UND GEGENSTÄNDEN	8
DEMONSTRATIONEN, VERSAMMLUNGEN	8
VERBOT VON VERANSTALTUNGEN	8
SAMMLUNGEN	8
CAMPINGVERBOT	8
PLAKATANSCHLAGSTELLEN	9
D. SCHUTZ ÖFFENTLICHER SACHEN UND DES PRIVATEN EIGENTUMS	9
GRUNDSATZ	9
FUNDBÜRO	9
SCHUTZ VON KULTUREN	9
FLURPOLIZEI, BEKÄMPFUNG VON PROBLEMMUNKRÄUTERN	9
E. UMWELTSCHUTZ, LÄRMSCHUTZ	10
GRUNDSATZ	10
UNERLAUBTES DEPONIEREN VON ABFÄLLEN „LITTERING“	10
LUFTREINHALTUNG	10
LÄRMBEKÄMPFUNG	10
ZEITLICHE BESCHRÄNKUNG	11
WOHNLÄRM-, GARTEN- UND HAUSARBEITEN	11
VERANSTALTUNGEN IM FREIEN	11
SONNTAGSRUHE / ÖFFENTLICHE FEIERTAGE	11
F. GASTGEWERBE- UND GWERBEPOLIZEI	12
GASTWIRTSCHAFTSBETRIEBE	12
JUGENDSCHUTZ	12
GWERBEPOLIZEI	12
G. NIEDERLASSUNG UND AUFENTHALT	12
MELDEPFLICHT	12
ADRESSÄNDERUNGEN / BERUFS- ODER ARBEITGEBERWECHSEL	12
AUSKÜNFTEN DER EINWOHNERKONTROLLE	12

H. TIERHALTUNG / TIERSCHUTZ	13
GRUNDSATZ.....	13
HUNDEHALTUNG (MELDEPFLICHT).....	13
REITEN	13
HUNDESTEUER.....	13
HUNDEHALTUNG (VERHALTENSREGELN).....	13
HUNDETOILETTEN, ROBIDOG.....	14
I. STRAF- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN	14
STRAFBESTIMMUNGEN.....	14
INKRAFTTRETEN.....	14
AUFLAGEZEUGNIS.....	15

Die Einwohnergemeinde Wimmis erlässt, gestützt auf das Polizeigesetz vom 8. Juni 1997 (BSG 551.1), das Gemeindegesetz vom 16. März 1998 (BSG 170.11) und das Organisations- und Verwaltungsreglement vom 24. Februar 2000, folgendes Gemeindepolizeireglement:

A. Allgemeine Bestimmungen

- Zweck** **Art. 1** Dieses Reglement schafft die notwendigen Rechtsgrundlagen für den gemeindepolizeilichen Bereich. Es ergänzt die Polizeigesetzgebung von Bund und Kanton.
- Zuständigkeit** **Art. 2** ¹ Die Gemeindepolizei wird durch den Gemeinderat ausgeübt.
- ² Der Gemeinderat kann Befugnisse im Rahmen der Bestimmungen des übergeordneten Rechts an andere Gemeindeorganen übertragen.
- ³ Der Gemeinderat kann mittels Verordnung Ausführungsbestimmungen zum Gemeindepolizeireglement erlassen.
- ⁴ Wer Gemeindepolizeiliche Funktionen ausübt, kann nach eigenem Ermessen Unterstützung durch die Kantonspolizei oder andere Organisationen anfordern.
- Aufgaben** **Art. 3** ¹ Die Gemeindepolizeibehörde hat die öffentliche Ordnung und Sicherheit jederzeit zu gewährleisten. Es obliegt ihr insbesondere:
- a) strafbare Handlungen zu verhindern und das Nötige vorzukehren, um Schuldige der Bestrafung zuzuführen;
 - b) anderen Gefahren vorzubeugen und Störungen zu beseitigen, die das Leben oder die Gesundheit von Menschen sowie das öffentliche oder private Eigentum bedrohen oder in einer anderen Weise die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigen;
 - c) Menschen und Tiere, Pflanzen und andere Sachen vor übermässigen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen solcher Umwelteinwirkungen vorzubeugen;
 - d) bei Unfällen oder Katastrophen Hilfe zu leisten;
 - e) den Missbrauch von Waffen, Sprengmittel und Giften zu verhindern;
 - f) den Strassenverkehr zu regeln und zu überwachen;
 - g) Aufträge der Verwaltungs- und Justizbehörden auszuführen und die gesetzlich vorgesehene polizeiliche Vollzugshilfe zu leisten.
- ² Die Gemeindepolizeibehörde erfüllt darüber hinaus die ihr durch andere gesetzliche Bestimmungen übertragenen Aufgaben.

Befugnisse	<p>Art. 4 ¹ Die Gemeindepolizeibehörde handelt im Rahmen ihrer gesetzlichen und reglementarischen Befugnisse.</p> <p>² In dringenden Fällen ist die Gemeindepolizei befugt, vorläufig auch solche Massnahmen anzuordnen, welche ihr gemäss dem vorliegenden Reglement nicht zustehen, die aber zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit unerlässlich sind. Solche Massnahmen bleiben solange in Kraft, bis der Regierungsstatthalter oder die kantonale Behörde ihre Anordnungen getroffen haben.</p> <p>³ Zur Verhütung von strafbaren Handlungen und Unglücksfällen kann die Gemeindepolizei:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) gefährdete Personen unter ihre Obhut nehmen; b) fremdes Eigentum beschlagnehmen; c) Grundstücke und, wenn Gefahr in Verzug ist, auch Wohnungen und andere Räume betreten. Das Betreten von Wohnungen ist auch aus sanitätpolizeilichen Gründen gestattet. d) eine Person in Gewahrsam nehmen, <ul style="list-style-type: none"> - wenn dies zur Abwendung einer Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist, insbesondere wenn sich die Person erkennbar in hilfloser Lage befindet oder in einem Zustand, der die freie Willensbestimmung ausschliesst; - um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer strafbaren Handlung zu verhindern.
Verhältnismässigkeit	<p>Art. 5 Von mehreren in Betracht fallenden Massnahmen hat die Gemeindepolizei diejenige zu ergreifen, die den Einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten trifft.</p>
Polizeiliche Anordnungen	<p>Art. 6 Jedermann ist verpflichtet, polizeilichen Anordnungen und Vorladungen Folge zu leisten und Auskunft zu erteilen.</p>
Personenkontrolle	<p>Art. 7 Jedermann ist verpflichtet, den Organen der Gemeindepolizei auf Verlangen die Personalien anzugeben, Ausweise vorzulegen oder auf andere Weise seine Identität feststellen zu lassen.</p>
Hilfeleistung	<p>Art. 8 Jedermann ist verpflichtet, den Organen der Gemeindepolizei auf Verlangen bei der Ausübung dienstlicher Pflichten im Rahmen des Zumutbaren Hilfe zu leisten.</p>
Verwaltungszwang und Ersatzvornahme	<p>Art. 9 ¹ Die Gemeindepolizeibehörde verfügt die Beseitigung von rechtswidrigen Zuständen und Vorrichtungen, die gegen dieses Reglement verstossen. Wird die Verfügung nicht befolgt, können die Polizeiorgane die Beseitigung selbst vornehmen (Verwaltungszwang) oder durch Dritte vornehmen lassen (Ersatzvornahme).</p>

² Zur Verhinderung einer strafbaren Handlung oder Abwehr einer Gefahr ist die sofortige Anwendung von Verwaltungszwang zulässig.

³ Die Kosten für den Erlass Gemeindepolizeilicher Massnahmen trägt, wer zu deren Anordnung Anlass gibt.

B. Personenschutz und öffentliche Sicherheit

Belästigung und Beunruhigung

Art. 10 ¹ Es ist verboten, Personen zu belästigen oder ihre persönliche Sicherheit zu gefährden.

² Jede Beunruhigung der Bevölkerung durch falsche Nachrichten, falsche Alarme und Missbrauch von Alarmvorrichtungen ist verboten.

Schiessen

Art. 11 ¹ Schiessen und hantieren mit Schusswaffen jeglicher Art auf öffentlich zugänglichem Grund sind verboten.

² Schiessübungen mit Munition, deren Treibladung aus Pulver besteht sowie mit der Armbrust und Sportpfeilbogen dürfen nur auf Anlagen, die für diesen Zweck besonders eingerichtet und von der Gemeindepolizeibehörde bewilligt sind, durchgeführt werden.

³ Luft-, Gas- und Federdruckwaffen dürfen auf Privatgrund nur verwendet werden, wenn eine Gefährdung oder Belästigung Dritter ausgeschlossen ist.

⁴ Vorbehalten werden die besonderen Bestimmungen über die militärischen Uebungen, die Benützung der öffentlichen Schiessanlagen, die Tätigkeit der Polizeiorgane und die jagdpolizeilichen Vorschriften.

Feuerwerk

Art. 12 ¹ Feuerwerk darf nur so abgebrannt werden, dass für Personen und Sachen keine Gefährdung entsteht.

² Ausser am 1. August und am 31. Dezember darf nach 21.00 Uhr Feuerwerk mit Knalleffekt nur mit einer Bewilligung der Gemeindepolizei abgebrannt werden.

³ Für eine Bewilligung gemäss Absatz 2 müssen besondere Gründe vorliegen (Öffentliche Feier, Publikumsanlass).

C. Benützung von Öffentlichem Grund, Verkehrssicherheit

Benützung der öffentlichen Strassen

Art. 13 ¹ Die Benützung der öffentlichen Strassen ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften gestattet.

² Fahrzeuge, welche den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen, dürfen auf öffentlichen Strassen und Plätzen nicht verwendet werden. Vergehen werden bei der Kantonspolizei angezeigt.

³ Die Benützung der öffentlichen Strassen hat mit gehöriger Sorgfalt zu geschehen. Für alle Beschädigungen sind der Benützer und dessen allfälliger Auftraggeber haftbar.

⁴ Eine durch die Benützung notwendig gewordene Reinigung ist ohne Verzug vorzunehmen. Reinigungsarbeiten durch den Werkhof werden dem Verursacher gemäss Gebührenreglement verrechnet.

Verkehrsbeschränkungen

Art. 14 ¹ Die Gemeindepolizeibehörde kann auf Gemeindestrassen vorübergehende Massnahmen (Verkehrsbeschränkungen, Umleitungen usw.) anordnen.

² Für Massnahmen auf Kantonsstrassen ist der Kanton zuständig.

⁽¹⁾³ Die Gemeindepolizeibehörde kann auf Strassen, Flur-, Feld-, Berg- und Waldwegen nach Absprache mit dem Reit- und Fahrverein vorübergehend ein Reitverbot erlassen.

⁽¹⁾ *Angenommen an der Gemeindeversammlung vom 12. Juni 2008*

Parkieren (gesteigerter Gemeingebrauch)

Art. 15 ¹ Die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes (Strassen und Plätze) zu privaten Zwecken bedarf einer Bewilligung der Gemeindepolizeibehörde.

² Fahrzeuge ohne die vorgeschriebenen Kontrollschilder dürfen nicht auf öffentlichem Grund abgestellt werden.

³ Das Dauerparkieren von motorisierten und nichtmotorisierten Fahrzeugen (Wohnwagen, Anhänger usw.) auf öffentlichem Grund ist bewilligungspflichtig.

⁴ Die Bewilligungsgebühren richten sich nach dem Gebührenreglement der Gemeinde Wimmis.

Aufstellen von Fahrnisbauten und Gegenständen

Art. 16 ¹ Die Benützung des öffentlichen Grundes zur dauernden oder vorübergehenden Aufstellung von Bauten oder Gegenständen bedarf einer Bewilligung.

² Bei besonderen Anlässen kann die Gemeindepolizeibehörde die Freihaltung des öffentlichen Grundes für eine bestimmte Zeit verfügen, ohne dass dem dadurch Betroffenen eine Entschädigung zusteht.

Wegschaffen von Fahrzeugen und Gegenständen	<p>Art. 17 ¹ Vorschriftenwidrig oder ohne Kontrollschild auf öffentlichem Grund parkierte Fahrzeuge und Gegenstände, die öffentliche Arbeiten oder eine rechtmässige Benützung des öffentlichen Grundes behindern oder gefährden, können durch die Gemeindepolizeibehörde weggeschafft oder weggeschafft lassen werden.</p> <p>² Allfällige Kosten für das Wegschaffen und dadurch entstandene Schäden gehen zu Lasten des Eigentümers.</p>
Demonstrationen, Versammlungen	<p>Art. 18 ¹ Demonstrationen, Umzüge und Versammlungen auf öffentlichem Grund bedürfen einer Bewilligung der Gemeindepolizei. Ausgenommen davon sind Vereinsempfänge sowie der 1. August-Umzug.</p> <p>² Das Gesuch ist spätestens vier Wochen vor der Veranstaltung unter Angabe von Art, Datum, Zeit und Dauer der Veranstaltung, der ungefähren Anzahl der erwarteten Personen, der dazu benützten Route und der verantwortlichen Personen einzureichen.</p> <p>³ In wichtigen Fällen, insbesondere bei der Ausübung von verfassungsmässigen Rechten, kann die Frist nach Absatz 2 unterschritten werden.</p> <p>⁴ Wer an einer nicht bewilligten Veranstaltung teilnimmt oder zur Teilnahme auffordert, macht sich strafbar.</p>
Verbot von Veranstaltungen	<p>Art. 19 Die Gemeindepolizeibehörde kann Veranstaltungen auf Privatgrund (im Freien oder in Räumen) verbieten, wenn mit Bestimmtheit eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erwarten ist.</p>
Sammlungen	<p>Art. 20 ¹ Wer von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Strassen und Plätzen für Geld oder Naturalien sammelt oder Gegenstände verkaufen will, bedarf einer Bewilligung der Gemeindepolizeibehörde.</p> <p>² Beim Sammeln von Unterschriften und beim Verteilen von Drucksachen darf der Verkehr nicht behindert werden.</p> <p>³ Es ist untersagt, auf öffentlichen Verkehrswegen und Parkplätzen ohne Bewilligung Drucksachen, Reklamezettel oder Einladungen geschäftlicher Art zu verteilen.</p>
Campingverbot	<p>Art. 21 ¹ Auf öffentlichem Grund ist das Übernachten in Fahrzeugen und Zelten (Campieren) ausserhalb der speziell dafür vorgesehenen Flächen verboten.</p> <p>(²)² Auf privatem Grund ist das Übernachten in Fahrzeugen oder Zelten (Campieren) bis zu maximal drei Einheiten während längstens drei Wochen ohne Bewilligung der Gemeindebehörde gestattet.</p> <p>(²)³ Die Gemeindepolizei kann in begründeten Fällen Ausnahmen bewilligen. Das Gesuch muss durch den Grundeigentümer mindestens 3 Arbeitstage im Voraus eingereicht werden.</p>

⁴ Die Bewilligung kann unter dem Vorbehalt erteilt werden, dass für allfällige Ersatzvornahmen (insbesondere Reinigung) Sicherheit geleistet wird.

(2) Angenommen an der Gemeindeversammlung vom 7. Juni 2018 mit 201 zu 0 Stimmen.

Plakatanschlagstellen **Art. 22** ¹ Plakatieren ist nur an den von der Gemeindepolizeibehörde dafür vorgesehenen Standorten erlaubt.

² Plakate mit Hinweis auf eine Veranstaltung dürfen höchstens 20 Tage vor dem Anlass angebracht werden.

³ Plakate sind spätestens am ersten auf das Ende der Veranstaltung folgenden Werktag vom Veranstalter zu entfernen und ordentlich zu entsorgen.

⁴ Bei Widerhandlungen gegen Absatz 1 bis 3 werden die Plakate durch den Gemeindegewerkhof unter Kostenfolge für den Veranstalter entfernt und entsorgt.

D. Schutz öffentlicher Sachen und des privaten Eigentums

Grundsatz **Art. 23** Es ist untersagt, die öffentlichen und privaten Sachen, Anlagen und Einrichtungen auf dem Gemeindegebiet zu beschädigen, zu verunreinigen, sie unbefugterweise und entgegen ihrer Zweckbestimmung zu benützen oder zu verändern.

Fundbüro **Art. 24** ¹ Fundgegenstände sind der Gemeindeverwaltung abzugeben.

² Meldet innerhalb eines Jahres der Eigentümer seinen Anspruch auf einen Fundgegenstand nicht an oder kann der Eigentümer nicht ausfindig gemacht werden, so wird der Fundgegenstand dem Finder überlassen.

³ Es besteht kein Anrecht auf Finderlohn. In der Regel sind dem Finder 10 Prozent vom Verkehrswert des Fundgegenstands zu entrichten.

Schutz von Kulturen **Art. 25** ¹ Das unberechtigte Fahren und Reiten durch Kulturland und Wald ist verboten.

² Das unberechtigte Gehen oder das Laufen lassen von Hunden über Kulturland ist während der Vegetationszeit verboten.

³ Das Verunreinigen von Kulturland durch Hundekot ist verboten.

Flurpolizei, Bekämpfung von Problemunkräutern **Art. 26** ¹ Die Eigentümer oder Bewirtschafter von landwirtschaftlich genutztem Grund und Boden sind verpflichtet, auf ihren Grundstücken die besonders lästigen und gefährlichen Unkräuter (Ackerdistel, Flughafer, Jakobs-Kreuzkraut usw.) zu bekämpfen.

² Die Gemeindepolizeibehörde bestimmt in Zusammenarbeit mit der Ackerbaustelle, ob und welche weiteren Unkräuter bekämpft werden müssen.

³ Unterlässt ein Eigentümer oder Bewirtschafter die geforderten Bekämpfungsmassnahmen auch nach Ermahnung durch die Gemeindepolizeibehörde, so kann diese die Ersatzvornahme auf Kosten des Pflichtigen anordnen.

E. Umweltschutz, Lärmschutz

Grundsatz

Art. 27 ¹ Jedermann hat sich so zu verhalten, dass schädliche und lästige Umwelteinwirkungen vermieden werden.

² Die Erzeugung übermässiger, nach Lage und Beschaffenheit der Grundstücke oder Ortsgebrauch nicht zulässiger, die Nachbarschaft schädigende oder belästigende Einwirkungen wie Rauch, Staub, Schwebstoffe, Gase, Dämpfe, Dünste, Lärm, Erschütterungen, Strahlungen oder Lichteffekte und dergleichen ist untersagt.

³ Die Vorschriften von Bund und Kanton betreffend Reinhaltung der Luft, Lärmschutz und Wirtschaftspolizei bleiben vorbehalten.

Unerlaubtes Deponieren von Abfällen „Littering“

Art. 28 ¹ Das Entsorgen von Abfall an dafür nicht vorgesehenen Standorten im öffentlichen Raum ist verboten.

² Widerhandlungen werden gemäss Bussenkatalog der Vollzugsverordnung zum kantonalen Abfallgesetz gebüsst.

Luftreinhaltung

Art. 29 ¹ Das Verbrennen von Hauskehricht, Karton, Styropor, Chemikalien, Kunststoffprodukten usw. im Freien oder in Feuerungsanlagen ist verboten.

² Natürliche Feld-, Wald- und Gartenabfälle sowie reines Holz dürfen in trockenem Zustand im Freien verbrannt werden, sofern nur wenig Rauch und keine schädlichen oder lästigen Immissionen entstehen. Es ist ein Mindestabstand von 50 Meter zum bewohnten Gebiet einzuhalten.

³ Die Gemeindepolizeibehörde ist jederzeit befugt, Messungen und Kontrollen durchzuführen. Die Kosten werden dem Verursacher oder Verantwortlichen auferlegt, wenn sich zeigt, dass nicht erlaubte Materialien verbrannt wurden.

Lärmbekämpfung

Art. 30 ¹ Es ist verboten, Lärm zu verursachen, der durch rücksichtsvolle Handlungsweise vermieden oder verhindert werden kann.

² Geräte, Maschinen, Fahrzeuge oder andere Vorrichtungen dürfen keinen Lärm erzeugen, der durch geeignete Vorkehrungen vermieden oder verhindert werden kann.

³ In dringenden Fällen kann die Gemeindepolizeibehörde Ausnahmebe-

willigungen ausstellen, wenn nötig verbunden mit der Verpflichtung, die sich aufdrängenden Massnahmen zu ergreifen.

⁴ Die Gemeindepolizeibehörde ist jederzeit befugt, die Lärmimmissionen zu messen. Die Kosten der notwendigen Messungen werden dem Verursacher oder Verantwortlichen auferlegt, wenn sich zeigt, dass der Lärm die zulässigen Werte überschreitet.

Zeitliche Beschränkung **Art. 31** ¹ Von 22.00 bis 07.00 Uhr und von 12.00 bis 13.00 Uhr sind alle lärmigen Arbeiten, lärmiges Verhalten und der Betrieb lärmiger Anlagen und Geräte verboten.

² Ausgenommen von Absatz 1 sind jahreszeit- und witterungsbedingte Arbeiten der Landwirtschaft.

³ Die Gemeindepolizeibehörde kann in begründeten Fällen Ausnahmen bewilligen. Sie schreibt Schutzmassnahmen vor.

Wohnlärm-, Garten- und Hausarbeiten **Art. 32**¹ Bei der Benützung von Wohnräumen, beim Verrichten häuslicher Arbeiten sowie beim Betrieb von Haushaltmaschinen und andern mechanischen Geräten in und ausserhalb des Hauses ist auf die Mitbewohner und Nachbarn Rücksicht zu nehmen.

² Lärmige Arbeiten wie Rasenmähen mit Motormähern und ähnliche, dürfen nur in der Zeit von 07.00 - 12.00 Uhr und von 13.00 bis 21.00 Uhr, an Samstagen nur bis 19.00 Uhr vorgenommen werden.

Veranstaltungen im Freien **Art. 33** ¹ Veranstaltungen im Freien unterliegen den Lärmvorschriften dieses Reglementes.

² Die Gemeindepolizeibehörde kann Ausnahmen bewilligen.

³ Motor- und Modellflugzeuge dürfen nur an den hierfür von der Gemeindepolizeibehörde ausdrücklich bezeichneten Orten und zu den von dieser festgelegten Zeiten betrieben werden.

⁴ Die Gemeindepolizeibehörde kann in besonderen Fällen weitergehende zeitliche Einschränkungen anordnen oder Ausnahmen bewilligen.

Sonntagsruhe / öffentliche Feiertage **Art. 34** Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und öffentliche Feiertage bleiben vorbehalten.

F. Gastgewerbe- und Gewerbepolizei

Gastwirtschaftsbetriebe **Art. 35** ¹ Der Wirt hat in seinem Lokal für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Er hat zudem seine Gäste anzuhalten, in der unmittelbaren Umgebung des Betriebes keinen unnötigen Lärm zu verursachen.

² Die Gäste sind durch den Wirt rechtzeitig auf den Eintritt der Polizeistunde aufmerksam zu machen.

³ Die Gastgewerbegesetzgebung bleibt vorbehalten.

Jugendschutz **Art. 36** ¹ Für Jugendliche unter 16 Jahren ist der Erwerb oder der Konsum von Alkohol oder anderen Suchtmitteln in Gastwirtschaftsbetrieben, in Verkaufsgeschäften, an öffentlichen Veranstaltungen sowie auf öffentlichem Grund nicht gestattet.

² Kinder unter 14 Jahren dürfen sich nach 22.00 Uhr nicht mehr ohne Begleitung des Inhabers der elterlichen Gewalt oder einer von ihm ermächtigten Person in der Öffentlichkeit aufhalten.

Gewerbepolizei **Art. 37** ¹ Betreiber oder Eigentümer eines Gewerbebetriebes haben diesen innert 30 Tagen seit Geschäftseröffnung oder Geschäftsübernahme bei der Gemeindepolizeibehörde anzumelden.

² Die Gemeindepolizeibehörde führt die Kontrolle und die vorgeschriebenen Gewerbeverzeichnisse.

G. Niederlassung und Aufenthalt

Meldepflicht **Art. 38** Die Meldepflichten für Schweizerbürger und Ausländer sowie Logisgeber richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton.

Adressänderungen / Berufs- oder Arbeitgeberwechsel **Art. 39** Adressänderungen innerhalb der Gemeinde sowie Berufs- und Arbeitgeberwechsel sind innert 14 Tagen der Einwohner- bzw. Fremdenkontrolle zu melden.

Auskünfte der Einwohnerkontrolle **Art. 40** ¹ Die Einwohnerkontrolle darf Auskünfte über Ortseinwohner nur im Rahmen des Datenschutzreglementes erteilen.

² Jeder Einwohner kann verlangen, dass ausser an Amtsstellen über ihn keine Daten bekannt gegeben werden (Datensperre).

H. Tierhaltung / Tierschutz

Grundsatz

Art. 41¹ Die Halter von Tieren sind verpflichtet, diesen eine entsprechend den Geboten des Tierschutzes angemessene Nahrung, Unterkunft und Pflege zu gewähren.

² Tiere sind so zu halten, dass niemand durch übermässigen Lärm, Gerüche und Dünste belästigt wird und weder Personen noch Sachen gefährdet werden oder zu Schaden kommen.

³ Tiere, die wegen bössartigen Eigenschaften Personen oder andere Tiere belästigen, gefährden oder verletzen, können abgetan werden, soweit Gefährdungen nicht durch andere geeignete Vorkehrungen (Leinenzwang, Maulkorb usw.) behoben werden können.

⁴ Es ist Sache des Geschädigten, bei durch Tiere verursachten Schäden Ersatzansprüche gegenüber dem Tierhalter geltend zu machen.

Hundehaltung (Meldepflicht)

Art. 42¹ Aufgrund einer Publikation im Amtsanzeiger muss durch den Hundehalter alljährlich Ende August die Anmeldung erfolgen. Anzumelden sind Hunde, die am 1. August über drei Monate alt sind.

² Neuzuzüger haben ihre Hunde bei der ordentlichen Anmeldung ebenfalls anzumelden.

³ Wer anstelle eines Hundes einen anderen erwirbt, hat dies der Gemeindeverwaltung zu melden.

Reiten

Art. 43 Der Gemeinderat kann mittels Allgemeinverfügung das Reiten auf Gemeindestrasse zur Vermeidung von Schäden einschränken.

Hundesteuer

Art. 44¹ Die jährliche Hundesteuer wird am 1. August fällig und ist innert 30 Tagen bei der Gemeindeverwaltung zu bezahlen.

² Die Steuerpflicht richtet sich nach dem Alter gemäss Artikel 42 Absatz 1. Es erfolgt keine Pro-Rata-Berechnung.

³ Als Quittung wird die Kontrollmarke abgegeben. Die Kontrollmarke verliert ihre Gültigkeit am 31. Juli des Folgejahres und ist nicht auf andere Hunde übertragbar.

⁴ Hundehalter machen sich strafbar, wenn ihr Hund ohne gültige Kontrollmarke angetroffen wird (ausgenommen Jagdhunde während der Jagd oder im öffentlichen Dienst).

Hundehaltung (Verhaltensregeln)

Art. 45¹ Die Hundehalter haben ihre Hunde so zu pflegen und zu beaufsichtigen, dass sie weder Personen durch fortwährendes Gebell, Geheul oder auf andere Weise belästigen, noch Gehwege, Strassen, Parkanlagen, Grundstücke Dritter oder landwirtschaftliche Kulturen verunreinigen oder beschädigen.

² Läufe, bissige und kranke Hunde sind stets an der Leine zu führen.

³ Hunde dürfen nicht in Lebensmittelgeschäfte mitgenommen werden.

Hundetoiletten, Robidog **Art. 46** ¹ Die Gemeinde stellt Hundetoiletten (Robidog) unentgeltlich zur Verfügung und sorgt für deren Unterhalt.

² Die Hundehalter sind verpflichtet, Hundekot von öffentlichem Grund oder privaten Grundstücken zu entfernen. Der Hundekot ist in den öffentlichen Hundetoiletten oder mit dem Hauskehricht zu entsorgen.

³ Vergehen werden gemäss Bussenkatalog zur Vollzugsverordnung des kant. Abfallgesetzes gebüsst.

I. Straf- und Schlussbestimmungen

Strafbestimmungen **Art. 47** ¹ Wer gegen eine der Bestimmungen dieses Reglements oder eine gestützt darauf erlassene Allgemeinverfügung verstösst, wird mit Busse bis zu 5'000 Franken bestraft.

² In leichten Fällen kann anstelle einer Busse eine Verwarnung erfolgen.

³ Die eidgenössischen und kantonalen Strafbestimmungen bleiben vorbehalten.

Inkrafttreten **Art. 48** ¹ Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

² Es hebt das Ortspolizeireglement vom 09.12.1982 auf.

³ Es hebt das Reglement über die Hundehaltung und Hundetaxe vom 20.01.1983 auf.

Genehmigung

Die Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2005 nahm dieses Reglement mit grossem Mehr an:

Der Präsident:

sig. Hans Laubscher

Der Sekretär:

sig. Beat Schneider

Auflagezeugnis

Der Gemeindeschreiber hat dieses Reglement vom 8. November 2005 in der Gemeindeschreiberei öffentlich aufgelegt. Er gab die Auflage im Amtsanzeiger Nr. 44 vom 3. November 2005 und der Nr. 45 vom 10. November 2005 bekannt.

Wimmis, 9. Dezember 2005

Der Gemeindeverwalter:

sig. Beat Schneider

Genehmigungsvermerk

Die Gemeindeversammlung vom 12. Juni 2008 nahm folgende Ergänzung an:

- Absatz 3 zu Artikel 14

Der Präsident:

sig. Hans Laubscher

Der Sekretär:

sig. Beat Schneider

Auflagezeugnis

Der Gemeindeverwalter hat dieses Reglement vom 8. Mai 2008 bis 9. Juni 2008 (dreissig Tage vor der beschlussfassenden Versammlung) in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt. Er gab die Auflage im Amtsanzeiger Nr. 19 und 20 vom 8. Mai 2008 und 12. Mai 2008 bekannt.

Wimmis, 12. Juni 2008

Der Gemeindeverwalter:

sig. Beat Schneider

Genehmigungsvermerk

Die Gemeindeversammlung vom 7. Juni 2018 nahm folgende Ergänzung mit 201 zu 0 Stimmen an:

- Absatz 2 und 3 zu Artikel 21

Der Präsident:

Der Sekretär:

Peter Schmid

Beat Schneider

Auflagezeugnis

Der Gemeindeverwalter hat dieses Reglement vom 26. April 2018 bis 7. Juni 2018 (dreissig Tage vor der beschlussfassenden Versammlung) in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt. Er gab die Auflage im Amtsanzeiger vom 26. April 2018 und 3. Mai 2018 bekannt.

Wimmis, 7. Juni 2018

Der Gemeindeverwalter:

Beat Schneider